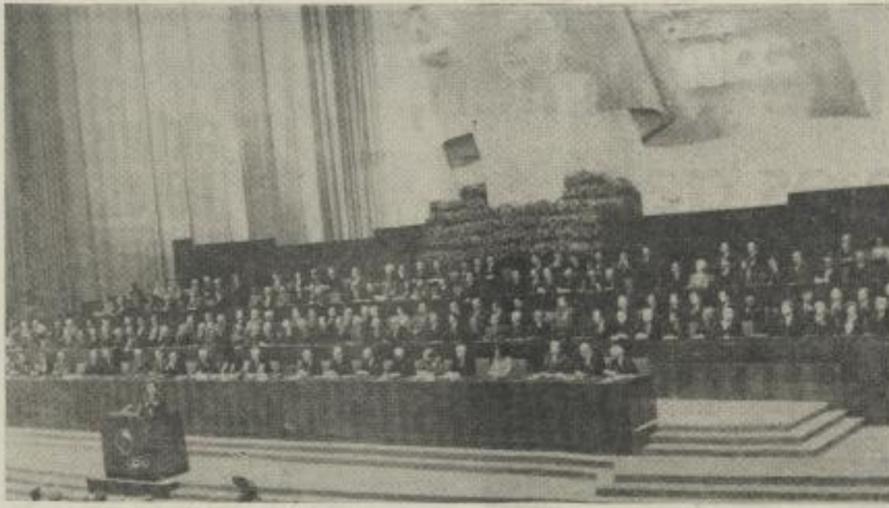


### Bei Dietz: Materialien des KPdSU-Parteitag

(ADN) Im Dietz Verlag Berlin erscheinen folgende Materialien des XXVI. Parteitages der KPdSU als Broschüren: Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik, Berichterstatter: L. I. Breschnew, Generalsekretär des ZK der KPdSU; Erich Honecker: Grußansprache an den XXVI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion; Die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für die Jahre 1981 bis 1990, Berichterstatter: N. A. Tschornow, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR.



# Friedensprogramm war und bleibt zuverlässiger Kompaß

## Die Friedensstrategie des XXVI. Parteitages der KPdSU

Der XXVI. Parteitag der KPdSU bekräftigte: „Wir setzen den Kampf für eine durchgreifende Gesundung der internationalen Lage fort. Ein zuverlässiger Kompaß war und bleibt dabei das auf dem XXIV. und XXV. Parteitag der KPdSU verkündete Friedensprogramm.“ Die gegenwärtige Situation in der Welt erfordert neue, zusätzliche Anstrengungen, um die Gefahr eines nuklearen Krieges von den Völkern abzuwenden und den Frieden zu erhalten. Um dieses Ziel zu erreichen, schlug die KPdSU ein ganzes System von Maßnahmen politischen und militärischen Charakters vor, das insgesamt eine Fortführung und Weiterentwicklung des Friedensprogramms zu den bedeutendsten und aktuellsten Problemen des internationalen Lebens ist.

Pläne zur Stationierung von Neutronenwaffen in Westeuropa zu stoppen und die den Vorschlag der Warschauer Vertragsstaaten, zur militärischen Entspannung und Abrüstung eine gesamteuropäische Konferenz einzuberufen, unterstützen.

Wesentlich für die Erhaltung des Weltfriedens wäre die Verwirklichung des von der KPdSU vorgeschlagenen Moratoriums für die Stationierung neuer Raketenwaffen mittlerer Reichweite der NATO-Länder und der Sowjetunion. Auch der Vorschlag, ein internationales Komitee aus namhaften Wissenschaftlern verschiedener Länder zu bilden, die die Gefahren einer nuklearen Katastrophe aufdecken und vor der Weltöffentlichkeit dazulegen, könnte wesentlich zur Stärkung der Mobilisierung aller Friedenskräfte im Kampf um Frieden, Entspannung und Abrüstung beitragen.

Die KPdSU, die die gewachsene Kriegsgefahr realistisch einschätzt, ist bestrebt, viele Länder im Kampf um den Weltfrieden zu vereinen. In diesem Sinne schlägt sie eine Sondertagung des Sicherheitsrates vor, „um nach Schlüssel zur Gesundung der internationalen Lage und zur Verhinderung eines Krieges zu suchen.“

### „Nachrüstungsbeschluss“ – ernste Gefahr für den Frieden

Ausgehend von der Tatsache, daß die internationale Lage in vielem von der Politik der UdSSR und den USA abhängt, schlug der Parteitag ein Treffen auf höchster Ebene zwischen beiden Staaten vor. Dieser Vorschlag, der ein breites internationales Echo gefunden hat, ist vor allem deshalb von Bedeutung, weil die aggressiven imperialistischen Kreise Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre mit einer Politik der Konfrontation, gegen die Entspannung, für eine neue Runde des Wettrüstens begonnen haben.

Um Herde militärischer Konflikte zu vermeiden, schlug die Sowjetunion vor, die vertrauensfördernden Maßnahmen auf militärischem Gebiet auszudehnen. So sollten nicht nur Manöver der Landstreitkräfte vorangekündigt und Beobachter aus anderen Ländern eingeladen werden, wie das in europäischen Staaten, einschließlich der westlichen Gebiete der UdSSR erfolgt, sondern auch Manöver der See- und Luftstreitkräfte. Ferner schlägt sie vor, das Anwendungsgebiet solcher Maßnahmen zu erweitern, sie auf den gesamten europäischen Teil der Sowjetunion auszudehnen, wenn die westlichen Staaten eine entsprechende Erweiterung ihrer Zonen vornehmen.

Auf dem Gebiet der strategischen Rüstungen schlägt die Sowjetunion die USA Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichheit und der gleichen Sicherheit vor, die all das Positive, das bisher erreicht wurde, bewahrt und neue Wege zur Beschränkung der strategischen Rüstungen sucht. Zu gegebener Zeit sollen auch alle übrigen Kernwaffenmächte in diese Verhandlungen einbezogen werden.

Die vom XXVI. Parteitag vorgeschlagenen Maßnahmen umfassen nicht nur einen breiten aktuellen Problembereich, sie betreffen auch viele Gebiete in der Welt: Die Lage in Europa, im Nahen und Mittleren Osten sowie im Fernen Osten. Sie widerlegen eindeutig die von der westlichen Propaganda strapazierte Lüge einer Gefahr aus dem Osten und zeigen klar, daß die Bedrohung des Friedens von aggressiver Imperialismus ausgeht. Sie fallen aber auch auf den Erfahrungen der jüngsten Geschichte, die die Schlußfolgerung zuläßt: Wenn Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung sachlich und kollektiv an dringende Fragen herangehen, finden sie auch für komplizierte internationale Probleme positive Lösungen. Solche positiven Lösungen würden und werden immer von der Sowjetunion und der sozialistischen Gemeinschaft angestrebt. Ein Beispiel ist u. a. die Position der KPdSU zur Lage im Persischen Golf. Die Partei Lenins erklärte von der Tribüne ihres XXVI. Parteitages ihre Bereitschaft, auch zu diesem Komplex internationale Vereinbarungen zu treffen und klammerte dabei das im Westen hochgespielte Afghanistanproblem nicht aus.

Die aggressiven imperialistischen Kreise, an der Spitze der industriemilitärischen Komplex der USA, sind ihrer egoistischen Klasseninteressen bereit, die Menschheit in einen atomaren Krieg zu stürzen. Sie propagieren die Idee vom „begrenzten Atomkrieg“, der von Westeuropa ausgehen soll. Der XXVI. Parteitag hob hervor, daß mit dem sogenannten „Nachrüstungsbeschluss“ der NATO für Europa neue ernste Gefahren für den Frieden entstanden sind. Unmissverständlich erklärte er: „Die Stationierung von gegen die UdSSR und ihre Verbündeten gerichteten neuen amerikanischen Raketen in der BRD, in Italien, Großbritannien, den Niederlanden und Belgien kann nicht ohne Auswirkungen auf unsere Beziehungen zu diesen Ländern bleiben.“



Foto oben: Genosse Leonid Breschnew, verlas den Rechenschaftsbericht an den XXVI. Parteitag der KPdSU.  
Foto unten: Leninpioniere überreichen am fünften Beratungstag dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, L. Breschnew, Blumen.  
Fotos: PI-TASS

### Moratorium ist wesentlich für Erhaltung des Weltfriedens

Im Interesse der europäischen Völker weist die UdSSR einen anderen Weg, der in den 70er Jahren zu Erfolgen aller Friedenskräfte in Europa geführt hat. Erinnerung sei nur an das Vertragswerk zwischen der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten mit der BRD und an die Schlußakte von Helsinki. Erfolge, mit denen sich die aggressiven Imperialisten nicht abfinden wollen.

Die Wechselwirkungen von wissenschaftlich-technischem und gesellschaftlichem Fortschritt sind heute angesichts eines gewaltigen Tempo-wachstums der wissenschaftlich-technischen Revolution, verheerender sozialen Auswirkungen im Kapitalismus und neu auftretenden Problemen in der sozialistischen Planwirtschaft von wachsendem Interesse für weite Bevölkerungskreise. Die vorliegende Broschüre aus der neuen Reihe „Wissenschaftlicher Kommunismus – Theorie und Praxis“ ist ein interessanter Beitrag dazu. Auf knappem Raum behandelt sie übersichtlich und gut verständlich Haupt-

fragen der ökonomischen und sozialen Wirksamkeit von Wissenschaft und Technik. Ihr Vorzug besteht auch darin, Ergebnis von Untersuchungen verschiedener Wissenschaftsdisziplinen zu sein – wissenschaftlicher Kommunismus, Politische Ökonomie, Philosophie. Konkret begründen die Autoren die Einheit von strengen ökonomischen Maßstäben und progressiven sozialen Dimensionen in der Effektivität des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die nur der Sozialismus im Interesse der Menschen verwirklichen kann. Sie weisen nach, wie

### Friedensprogramm vertritt die Interessen der friedliebenden Völker

Im Gegenteil, sie bekundete ihre volle Bereitschaft über internationale Aspekte Afghanistans und der Golfregion mit allen interessierten Staaten zu beraten. Sie hob dabei ihre prinzipielle Position hervor: Die Souveränität Afghanistans muß ebenso gewahrt bleiben, wie sein Status als nichtpaktgebundener Staat. Die UdSSR unterstützt Afghanistan, wie sie auch die palästinensische und andere Befreiungsbewegungen aktiv unterstützt.

Insgesamt vertritt das Friedensprogramm die Interessen aller friedliebenden Staaten und Völker. Es ist ein Kampfprogramm für die Erhaltung des Weltfriedens, um das sich die sozialistischen Staaten, die kommunistischen und Arbeiterparteien, die nationale Befreiungsbewegung und alle realistisch denkenden Kreise der kapitalistischen Länder vereinigen können. Es beweist einmal mehr die Einheit von Sozialismus und Frieden und widerspiegelt die von der sozialistischen Gemeinschaft getragene hohe Verantwortung für die Bewahrung des Weltfriedens.

Prof. Dr. Maria Anders,  
Sektion Geschichte

## Neu bei Dietz

### Wissenschaftlich-technischer, ökonomischer und sozialer Fortschritt im Sozialismus

Von einem Autorenkollektiv, Dietz Verlag Berlin 1981, 184 Seiten, Broschur, 5,20 Mark, Bestell-Nr. 737 231 6

## Fragen, die uns bewegen

In seiner Rede am 13. Oktober 1980 in Gera hat Genosse Honecker grundlegende Aussagen zum Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten getroffen. Dabei verwies er darauf, daß die bestehenden Probleme vor allem durch Versuche der BRD bedingt sind, „in den Beziehungen zur DDR, unter Verletzung des Grundlagenvertrages, entscheidende Prinzipien der Souveränität unseres Staates zu mißachten“. Eine zentrale Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Frage der Nichtanerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR durch die BRD.

Genosse Honecker hat sowohl in seiner Geraer Rede als auch in den Interviews für die „Humanität“ und den britischen Verleger Maxwell den prinzipiellen Standpunkt unserer Republik zu diesen Fragen erläutert. Seine Forderung nach Aufgabe der illusionären Haltung der BRD zur Staatsbürgerschaftsfrage steht in vollem Einklang mit den Normen des Völkerrechts und trägt konsequent den gegebenen Realitäten Rechnung. Demgegenüber setzt die BRD verstärkt auf

genannten Personenkreis in vollem Umfang für ihre Staatsangehörigkeit in Anspruch.

Daraus ergibt sich folgerichtig, daß die Staatsbürgerschaft der DDR als der Rechtsbeziehung des sozialistischen Staates gegenüber seinen Bürgern, wie sie sich vor allem in der aktiven Teilnahme der Bürger am gesellschaftlichen Leben und an der Leitung der Gesellschaft ausdrückt, negiert wird. Dies findet u. a. seinen Ausdruck darin, daß die BRD beim Abschluß völkerrechtlicher Verträge einseitige Erklärungen abgibt, die den personellen Geltungsbereich auf „alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes“ ausdehnen. In diesem Zusammenhang sind auch Urteile von BRD-Gerichten, die den Geltungsbereich des westdeutschen Strafrechts auf Territorium und Bürger der DDR ausdehnen, zu sehen. Dokumentiert wird diese Anmaßung am augenfälligsten durch die Existenz der sogenannten „zentralen Erfassungsstelle“ in Salzgitter, einer Institution, die Handlungen z. B. von Angehörigen der bewaffneten Organe unserer Repu-

## Die These von der „einheitlichen deutschen Staatsbürgerschaft“ und das Völkerrecht

demagogische und pseudojuristische Argumente, um die Völkerrechtswidrigkeit der eigenen Positionen zu bemänteln. Unter diesen Umständen ist es besonders wichtig, diese Argumentationen zu entlarven und die Haltung zur Staatsbürgerschaftsfrage in die außenpolitische Gesamtstrategie des BRD-Monopolkapitals einzuordnen.

Der Ausgangspunkt für die theoretischen Konstruktionen von einer angeblichen „einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit“ ist die Rechtsauffassung der BRD, wonach das Deutsche Reich 1945 mit dem Ende des zweiten Weltkrieges nicht untergegangen sei, sondern fortbestehe. In diesem Rahmen wird die Behauptung aufgestellt, daß die BRD als Fortsetzer des Deutschen Reiches, als mit ihm „teilidentisch“, angesehen werden müsse. Diese Fiktion ignoriert offenkundig die geschichtlichen Realitäten, vor allem aber die Beschlüsse der Antikriegs-Koalition über die Nachkriegsentwicklung in Deutschland.

blick in Ausübung ihres Dienstes als „Strafpaten“ registriert.

Diplomatische Vertretungen der BRD in kapitalistischen Staaten nehmen sich beispielsweise das Recht heraus, das diplomatische Schutzrecht für DDR-Bürger auszuüben oder ihnen gültige Pässe der BRD auszustellen. Wie BRD-Minister Franke in einer Rede in Westberlin am 12. Dezember zugeben mußte, gibt es sogar Fälle, in denen Angehörigen der Ständigen Vertretung der DDR in der BRD Wahlbenachrichtigungskarten bzw. Personalbögen der Bundeswehr zugestellt wurden.

Es erübrigt sich beinahe festzustellen, daß die Doktrin von der „einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit“ und die aus ihr resultierenden Handlungen von BRD-Behörden in krassstem Widerspruch zum Völkerrecht stehen.

Es ist souveräne Angelegenheit jedes Staates selbst, seine Staatsbürgerschaft zu regeln. Die DDR hat dies in ihrem Staatsbürgerschaftsgesetz aus dem Jahre 1967 getan. Andere Staaten, auch die BRD, sind völkerrechtlich verpflichtet, diese Regelungen zu respektieren. Deshalb kann, wie Genosse Honecker im Interview für den Verleger Maxwell feststellte, die Staatsbürgerschaft der DDR auch kein Objekt für Verhandlungen mit der BRD sein. Wenn sich die BRD weigert, die Staatsbürgerschaft der DDR zu respektieren, verstößt sie damit gegen grundlegende Prinzipien des Völkerrechts wie die souveräne Gleichheit der Staaten und die Nichteinmischung.

Hinsichtlich der Frage der Staatsangehörigkeit fand sie ihren Niederschlag in Artikel 114 Abs. 1 des Grundgesetzes der BRD aus dem Jahre 1949, wo formuliert wird, daß Deutscher im Sinne des Grundgesetzes sei, wer die „deutsche Staatsangehörigkeit“ besitzt oder als Person deutscher Volkszugehörigkeit „in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat“.

Das Staatsangehörigkeitsrecht der BRD wiederum regelt sich mit einigen Ergänzungen und Abänderungen, noch immer nach dem „Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz“ des Wilhelminischen Reiches von 1913. Es enthält jedoch keine unmittelbaren Aussagen zum personellen Geltungsbereich, sondern regelt z. B. bestimmte Fragen des Erwerbs und des Verlustes der Staatsangehörigkeit. Wesentlich ist nun die Interpretation, die die genannten Rechtsvorschriften in der Praxis der BRD erfahren.

Hierbei gehen die BRD-Behörden davon aus, daß nicht nur das Deutsche Reich, sondern auch dessen Staatsangehörigkeit weiterbestehen soll. Der Kommentar zu der BRD-Gesetzessammlung „Das Deutsche Bundesrecht“ stellt etwa dazu fest: „Deutsche im Sinne des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes sind nach wie vor auch die in der DDR und in den unter fremder Hoheit stehenden Ostgebieten wohnhaften deutschen Staatsangehörigen.“ Für diese imaginäre „deutsche Staatsangehörigkeit“ werden also nicht nur die Bürger der BRD, sondern in dreier Weise auch die in der DDR sowie Bürger deutscher Nationalität, die in Gebieten der VR Polen bzw. der Sowjetunion leben, vereinnahmt. Da die BRD sich als Fortsetzerstaat des Deutschen Reiches betrachtet, nimmt sie faktisch den

Welche Zielstellung verfolgen die herrschenden Kreise der BRD und ihre ausführenden Organe in Regierung und Justiz mit dieser Doktrin? Noch immer träumt das Monopolkapital der BRD von einem „Anschluß“ der sozialistischen DDR an die imperialistische BRD, um seine Macht gegenüber den imperialistischen Rivalen auszubauen und den Sozialismus in Europa zurückzudrängen. Um ideologisch den Boden für eine solche Entwicklung zu bereiten, propagiert das Monopolkapital die These von der angeblichen „Einheit der deutschen Nation“. Die Doktrin von der „einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit“ soll diese These juristisch untersetzen und den westdeutschen Staat der Monopolkapital als „Suchwaller aller Deutschen“ erscheinen lassen.

Diesen aggressiven und illusionären Konzeptionen setzt unsere Partei ihre Vorschläge zur weiteren Normalisierung der Beziehungen zwischen DDR und BRD entgegen. Damit handelt sie im Interesse der Festigung von Frieden und Sicherheit in Mitteleuropa. Die Zeit wird zeigen, daß imperialistisches Wunschdenken auch in der Frage der Staatsbürgerschaft auf den Scheiterhaufen der Geschichte gehört.

Peter Werchan, IIS

## Argumente, die wir brauchen

Fred Matho